

Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr. 3

März 1966

2 Schilling

In den Tagen des März ...

Aber es soll keineswegs mit Julius Cäsar und mit Reminiszenzen an das alte Rom begonnen werden, wie jetzt vielleicht mancher von uns zu meinen geneigt ist, wenn er die Überschrift unserer Titelseite liest. Obwohl allerdings ein kleiner Rückgriff in die Geschichte gemacht werden soll — wir denken an 1848 ...

Erinnern wir uns kurz an die Zeit zurück, in der wir bei den Roten Falken und bei der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, bei den sozialistischen Mittelschülern und Studenten und später bei der Sozialistischen Jungfront auf den Tag im März warteten, der dem Gedenken der Märzgefallenen des Jahres 1848 galt. Es war immer eine würdige Kundgebung beim Denkmal auf dem Wiener Zentralfriedhof, aber zugleich auch eine machtvolle und für jedermann sichtbare Demonstration der Verbundenheit der Partei und unserer Bewegung mit dem Aufstieg des „dritten Standes“ bis zur damaligen Sozialdemokratie, vom Absolutismus in Österreich bis zur damaligen bürgerlichen Demokratie, ja wenn man will, mit den Ideen, die sich zurück bis zur Französischen Revolution verfolgen lassen und deren Wurzeln noch viel weiter zurückliegen. Die Kundgebung war Erlebnis, Besinnung auf das damalige Heute, Ansporn für die Zukunft. Und niemand sprach uns von „unbewältigter“ Vergangenheit ...

Dann später trafen uns Ereignisse, die tief in unser Denken schlugen; als wir selbst handelten und „Geschichte“ nicht nur lernten und studierten, sondern erlebten und mitgestalten halfen. Der Juli 1927 kam, der Februar 1934 — und wieder hatten wir Gedenktage. Sie zu begehen war schon mehr als bloße Würdigung und Herzenspflicht, obwohl so viele von uns schon aus persönlichem Erleben fürwahr mehr als genug Ursache dazu gehabt hätten; denn wer das wollte, der mußte mit Prügel, Haft und Anhaltelager rechnen ...

Dann kam wieder ein März-Tag — (nein, ein Zeitpunkt im März!) —, der nicht den Tag, sondern die Finsternis der Nacht brachte. Das Inferno des braunen Faschismus überzog unser Land, und eine ganze Welt begann in einer Flut von Tränen und Blut zu versinken.

Am Ende stand Vernichtung, nackter Schrecken. Die Tage eines März des Todes vergingen ...

Zu viele Tage gab es nun, derer es zu gedenken galt. Aber nun hallte uns das Schlagwort von der „Bewältigung“ entgegen: zuerst zwar noch schüchtern und vereinzelt, zuletzt aber doch immer lauter und dazu noch öfter. Und schon gab es manche, die statt zu prüfen und um Klarstellung zu ringen, das „Gewissen“, das wir wenigstens sein oder werden wollten, zu beschwichtigen: zu früh und allzu rasch — dafür sind die Mauern, Verbelens, Boros und Kümels, kurz, wie sie sich alle nennen mögen, doch zumindest bedrohliche Symptome.

Und wieder haben wir einen März-Tag erlebt, der uns schwer erschüttert hat. Nicht, daß wir deshalb verzagt oder entmutigt wären —, wir alle standen schon viel schwereren Situationen gegenüber und haben sie gemeistert! Was uns jedoch zutiefst erschüttert, ist, erneut zu hören, daß diesmal schon jetzt von „bewältigen“, „vergessen“ und „modernisieren“ zu reden begonnen wird, als ob die zahllosen Opfer auf dem Galgen und dem Schafott, in den Gaskammern und Verbrennungsöfen, in den Kerkern und KZs für nichts mehr gebracht worden wären, als für eine papierene Sammlung von Karteikarten, gerade gut genug, um von Statistikern, Rechenkünstlern und Meinungs„forschern“ analysiert und zerpflückt zu werden. Erinnerungen könnten dabei hinderlich sein, historische Studien und subjektives Erleben, vor allem aber Lehren aus der Geschichte noch mehr. Daher der Ruf: „Bewältigen“!

Aber gerade darum müssen wir noch mehr als bisher unsere alte „neue“ Aufgabe erkennen: Nicht „bewältigen“ durch verschweigen und vergessen, sondern aus der Vergangenheit, aus der Geschichte lernen und die richtigen Schlüsse ziehen, auf daß sich solche „März-Tage“ nicht mehr wiederholen. Wir bleiben dabei:

Niemals vergessen!

Befreiung von Auschwitz-Birkenau 17. Jänner 1945

(Fortsetzung und Schluß)

Noch einmal sollten wir die Hand der SS zu spüren bekommen: Am 24. Jänner nachmittags erschien abermals eine Gruppe SS-Leute im Lager mit dem Spezialauftrag, die zurückgebliebenen Juden zu holen. Ich flüchtete in den Block 10, einen Polenblock, zu meinem vermeintlichen Freund Dr. F. Aber wie enttäuschend war der Empfang! „Was willst du hier? Hast du nicht gehört, alle Juden antreten?“ — „Ja natürlich, deshalb bin ich ja zu dir gekommen, um mich zu schützen.“ Und er wies mich vom Block mit den Worten: „Hier ist ein arischer Block. Schau, daß du hinauskommst. Hau ab!“ Beim Verlassen des Blocks lief ich einem SS-Mann in die Arme. „Was machst du hier?“ — „Ich bin Arzt, ich pflege die Kranken.“ — „Dreck, du hast anzutreten, sonst mach' ich dir Beine!“ Ich hatte nur ein Hemd an und fragte schüchtern, ob ich mir von meinem Block wenigstens einen Überrock holen dürfe. Er ließ es zu. Ich eilte in meinen Block, holte mir die Jacke und spähte durch den Spalt bei der Türangel nach dem SS-Mann. Als er für einen Augenblick dem Block den Rücken kehrte, lief ich hinaus und in entgegengesetzter Richtung davon. Ich hörte noch den SS-Mann „Halt!“ schreien, und er jagte mir einige Schüsse nach. Aber ich hatte schon das hintere Ende des Blockes erreicht, war aus der Schußlinie gekommen und eilte direkt auf das Loch zu, das ich selbst einige Tage vorher in den Stacheldraht gerissen hatte, dort wo der Latrinenaflußgraben das Lager verließ. Ein Sprung in die eklige Jauche und vor Sicht gedeckt durch die Tiefe des Grabens und den hohen Schnee, watete ich weiter bis zur großen Zisterne der Kläranlage. Dort sprang ich hinab auf die Betonzungge, die zur Mitte der Zisterne führte. Hier saß ich nun, trotz der Kälte vor Angst schwitzend, denn ich war dort ein Gefangener. Wenn mir der SS-Mann nachkam, hätte ich nur noch den Sprung in die Tiefe der Zisterne machen können, und dort entweder verhungern oder erfrieren müssen. Denn ohne fremde Hilfe war es nicht möglich, die glatte 5 Meter hohe Betonwand hinaufzuklettern. Und wer hätte mir auch schon helfen sollen? Als ob es gestern gewesen wäre, erinnere ich mich, wie ich dort saß und mein ganzes bisheriges Leben wie in einem rasenden Film, insbesondere die sieben Jahre KZ-Haft mit all den grausigen und oft sehr schmerzhaften Erlebnissen dieser Zeit, vor meinem geistigen Auge abrollte. Die ganze Sinnlosigkeit dieses Daseins kam mir zu Bewußtsein. Dazu mußtest du sieben Jahre Martern und Pein und Demütigungen ertragen, um knapp vor der Befreiung buchstäblich im Dreck zu sterben. Gestorben am 24. Jänner 1945?

Aber der SS-Mann kam nicht. Ich hörte noch Schreie im Lager, Schüsse fallen, und dann fiel langsam die Nacht ein. Ich begann meine Beine mit Schnee vom Kot zu reinigen und wartete, bis es vollends dunkel war. Im Lager war es ruhig, und so schlich ich leise zurück. In meinem Block wurde ich von meinen Kranken mit Freudengeschrei empfangen, und Luigi, der sich die Augen nach mir wundgeweint hatte, strahlte vor Glück. Sie hatten nämlich alle geführt, ich sei erschossen worden, da mir der SS-Mann mehrere Schüsse nachjagte, als ich aus dem Block eilte, und ihre Angst so groß war, daß keiner wagte, den Block zu verlassen. Nachdem ich mich und meine Sachen gründlich gereinigt und meine Kranken versorgt hatte, schlich ich hinaus zum Lagereingang, um zu sehen, ob wir noch bewacht würden. Das Tor zum Lager war offen. Bei der Blockführerstube im Schnee lagen sechs Leichen, darunter zwei meiner Blockkrankenpfleger.

Auf der Straße, die das Lager entlang führte, konnte ich im Schnee weitere schwarze Flecken erkennen — erschossene Kameraden. Das waren die Schüsse, die ich von meinem Versteck aus gehört hatte.

Es ist der 25. Jänner, zwei Uhr nachmittags. Auf der Lagerstraße stapfen im Schnee zwei vermummelte Gestalten, die ein Maschinengewehr auf einem Schlitten hinter sich her ziehen. Vor dem Lagertor machen sie halt. Neugierig nähern wir uns ihnen und erkennen auf ihren Pelzmützen den roten Stern der sowjetischen Truppen. Ein Jubelschrei geht durchs Lager. „Die Russen sind da!“ Was nur irgendwie kriechen konnte, kroch von den Betten herunter und kam heraus. Unsere Freude kennt keine Grenzen. Wir küssen die bärtigen Gestalten. Wir kochen Tee, kramen die bisher als Heiligtum bewahrten Zigarettens aus und wissen nicht, wie wir mit unseren armen Mitteln diesen beiden Befreiern unsere Dankbarkeit bezeugen können. Wir lachen und wir weinen und können das Glück der Befreiung nicht fassen. Noch immer lebt in uns die Angst, die SS könnte zurückkehren.

Gegen Abend dieses Tages wird es bei uns lebendig. Hunderte kleine Panje-Wägelchen mit russischen Soldaten kommen an und nehmen Quartier in unserem und dem benachbarten Lagerabschnitt. Ein Jeep fährt vor, und ihm entsteigt ein hoher russischer Offizier. Er spricht jiddisch mit uns, und als ich ihm erkläre, daß in meinem Block vorwiegend jüdische Häftlinge untergebracht seien und ich ihn bitte, sich ihnen zu zeigen, damit sie an die Befreiung glauben können, kommt er in unseren Block. Er öffnet seinen Mantel und wir sehen seine ordnungsgeschmückte Brust. Er sagt uns, daß wir nicht mehr um unser Leben zu fürchten brauchen. Die sowjetische Armee treibe die Deutschen wie Hasen vor sich her, und er freue sich, daß es geglückt sei, doch wieder eine wenn auch kleine Anzahl Menschen vor den Barbaren zu retten. Er werde alles veranlassen, daß wir menschenwürdig untergebracht und gepflegt werden und daß die Kranken nunmehr eine ordentliche Behandlung bekommen, damit sie genesen können.

Er hat Wort gehalten. Schon am nächsten Tag bekamen wir gute Fleischsuppe, Fleischstücke, wie wir sie nur mehr aus der fernen Erinnerung kannten, und Kuchen. Es kamen Ärzte und Pflegerinnen und Medikamente. Aber trotz ungeheurer Anstrengungen aller konnte nicht verhindert werden, daß die Hälfte der Befreiten an den Lagerfolgen starb, noch bevor sie in ihre Heimat zurückkehren konnten. Bei ihnen hatte die Auszehrung bereits einen irreversiblen Grad erreicht. Aber auch um die Toten kümmerte man sich. Ein Team von Pathologen kam. Im Freien wurden Tische zum Sezieren und Tischchen für Schreibmaschinen aufgestellt, jede Leiche wurde geöffnet und ein genaues Protokoll über Zustand und Todesursache aufgenommen. Ehemalige Nazi aus der Umgebung wurden zur Arbeitsleistung ins Lager gebracht. Die Baracken wurden gereinigt und die Toten feierlich beerdigt. Auf dem Gelände des Lagers Auschwitz 1 wurde ein großes Häftlingsspital eingerichtet, in dem jeder Kranke ein eigenes Bett hatte, gute Betreuung und Verpflegung bekam.

Am 20. Mai 1940 wurde das KZ Auschwitz auf Befehl Himmlers gegründet — am 25. Jänner 1945 gab es endlich kein KZ Auschwitz mehr.

Auschwitz darf nie vergessen werden!

ÖSTERREICHPROBLEME IN VERGANGENHEIT UND GEGENWART

Unter diesem Titel veranstaltet die Volkshochschule Brigittenau, Wien 20, Raffaelgasse 13, jeweils Donnerstags, 19 Uhr, eine 14tägliche Vortragsreihe, die sich mit überaus interessanten Themen beschäftigt.

31. März: DISKUSSION: Hat der Österreicher ein Nationalbewußtsein? Es diskutieren: Doktor Heinrich DRIMMEL, Vizebürgermeister; Dr. Max NEUGEBAUER, Präsident des Stadtschulrates; Dr. Ernst FISCHER. Diskussionsleitung: Dr. Hans ALTENHUBER.

Straßenbahnlinien: 132, 331, 231 (bis Brigittaplatz), Autobuslinie 5.

Leistungen der Rentenfürsorge nach dem OFG

Immer wieder muß man erfahren, daß vielen Genossen nicht bekannt ist, auf welche Leistungen in der Rentenfürsorge sie nach dem Opferfürsorgegesetz Anspruch haben. Oft wird vergessen, eine Leistung zu beantragen oder eine Neubemessung der Rente zu begehren. Im Opferfürsorgegesetz wurden nicht nur bei den Entschädigungsleistungen, sondern auch in der Rentenfürsorge wesentliche Verbesserungen durchgesetzt. Es ist müßig, eine Darstellung der Schwierigkeiten zu geben, denen sich jeder gegenüberstellt, der sich des verhältnismäßig kleinen Kreises der noch lebenden Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungsterrors annimmt.

Die folgenden Erläuterungen geben in groben Zügen eine Zusammenfassung der verschiedenen Rentenleistungen. Die angeführten Paragraphen sind als Hinweis auf die einzelnen Gesetzesstellen anzusehen, von denen jede Leistung abgeleitet wird.

Im wesentlichen werden

- a) vom Einkommen nicht abhängige und
- b) vom Einkommen abhängige Rentenleistungen unterschieden.

Grundsätzlich hängen jedoch praktisch alle Ansprüche auf Rentenfürsorge direkt oder wie bei zwei Arten der Witwen- und Waisenversorgung auch indirekt von der Amtsbescheinigung ab.

Vom Einkommen nicht abhängige Leistungen:

Inhaber einer Amtsbescheinigung nach:	Arten der Rentenleistung:
§ 1 Abs. 1 lit. d	Opferrente ab MdE 25 v. H. bis 100 v. H.
§ 1 Abs. 1 lit. e	Alterszulage ab MdE 50 v. H. bis 100 v. H.
§ 1 Abs. 2 lit. c	Pflegezulage Stufe I—V
	Blindenzulage Stufe II—V
	Zur Pflege-(Blinden-)zulage eine weitere Zulage nach § 11 Abs. 11 OFG
	Ab Blindenzulage III: Führungshilfe
§ 1 Abs. 3 lit. a	Hinterbliebenenrente
§ 1 Abs. 3 lit. b	(Witwe, Waisen, Doppelwaisen, Elternteil, Elternpaar)
Ohne Amtsbescheinigung	Witwen-(Waisen-)Rente nach erwerbsunfähigen Opferrentnern (MdE 90 v. H.)
	Sterbegeld
	Gebühnisse für das Sterbevierteljahr nach Opferrentnern

Zu den vom Einkommen unabhängigen Leistungen gehören die Opferrente (§ 11 Abs. 2 OFG) und die Hinterbliebenenrente (§ 11 Abs. 3 OFG).

Eine Opferrente gebührt den Inhabern einer Amtsbescheinigung nach § 1 Abs. 1 lit. d oder lit. e oder Abs. 2 lit. c OFG (§ 11 Abs. 2 OFG). Hier muß besonders darauf aufmerksam gemacht werden, daß die seinerzeit nach § 1 Abs. 2 lit. c OFG ausgestellten Opferausweise in eine Amtsbescheinigung umgetauscht werden können und damit ein Anspruch auf Rentenfürsorge besteht. Die Inhaber eines Opferausweises können auf diesem Ausweis erkennen, nach welcher Gesetzesstelle ihnen der Opferausweis ausgestellt wurde. Wenn § 1 Abs. 2 lit. c OFG angeführt ist, so wäre der Umtausch des Opferausweises in eine Amtsbescheinigung beim Amt der zuständigen Landesregierung zu beantragen und gleichzeitig ein Antrag auf Gewährung von Rentenfürsorge zu stellen.

Die Opferrente wird nach dem Ausmaß der haftbeziehungsweise verfolgungsbedingten Gesundheitsschädigungen bemessen (Minderung der Erwerbsfähigkeit), wobei Opferrenten ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 25 v. H. bis 100 v. H. gewährt werden. Die Opferrenten entsprechend einer Minderung der Erwerbsfähigkeit ab 50 v. H. sind bei Vollendung

des 60. (Männer) beziehungsweise des 55. (Frauen) Lebensjahres des Opfers um derzeit monatlich 42 Schilling zu erhöhen (Alterszulage). Die Minderung der Erwerbsfähigkeit ist für die Höhe der Opferrente und in weiterer Folge für die Höhe der Unterhaltsrente von wesentlicher Bedeutung. Sie wird nach den Bestimmungen des § 7 KOVG (Kriegsopferversorgungsgesetz) 1957 festgestellt. Voraussetzung für die Einschätzung ist jedoch das Bestehen einer haft- beziehungsweise verfolgungsbedingten Gesundheitsschädigung. Hier muß in analoger Weise § 4 KOVG 1957 Anwendung finden. In diesem Zusammenhang kommt den Bestimmungen des § 4 Abs. 1 zweiter Satz KOVG 1957 besondere Bedeutung zu. Hier werden alle Gesundheitsschädigungen erfaßt, die nicht zur Gänze auf schädigende Einflüsse (zum Beispiel Verwundung im Kampf, Folgen einer Haft oder erlittenen Mißhandlung und Folgen verfolgungsbedingter Maßnahmen) zurückzuführen sind. Der Gesamtleidenszustand einer Gesundheitsschädigung wird öfters von ärztlichen Sachverständigen dahin gehend geteilt, daß aus medizinischen Gründen ein Teil des Leidens als Anlage (akausaler Teil) und der andere Teil als durch das schädigende Ereignis bedingt (kausaler Anteil) bewertet wird. Wenn nun der Gesamtleidenszustand eines solchen Leidens (kausaler und akausaler Anteil zusammen) Hilflosigkeit oder Blindheit im Sinne von §§ 18, 19 KOVG 1957 verursacht, so bestimmt § 4 Abs. 1 zweiter Satz KOVG 1957, daß in diesem Fall der Gesamtleidenszustand voll — als ob er nur durch das schädigende Ereignis verursacht wurde — einzuschätzen ist. Weiters bestimmt § 4 Abs. 3 KOVG 1957, daß eine einmal als haft- beziehungsweise verfolgungsbedingt festgestellte Gesundheitsschädigung einschließlich ihres kausalen Faktors (Vollkausalität oder Teilkausalität) in Rechtskraft erwächst beziehungsweise für immer als anerkannt gilt. Damit kommt in späterer Zeit einer geänderten medizinischen Beurteilung hinsichtlich der Kausalität des Leidens keine Bedeutung mehr zu. Es ist also wichtig, daß bei der Antragstellung auf Opferrente und auch bei einem Antrag auf Neubemessung der Opferrente wegen Verschlimmerung des Leidenszustandes nicht nur alle Leiden angeführt werden, die mit der seinerzeitigen Haft oder Verfolgung zusammenhängen, sondern daß auch zur Charakteristik des derzeit bestehenden schlechten Gesundheitszustandes, Bettlägrigkeit oder Inanspruchnahme von Hilfeleistungen für lebenswichtige Verrichtungen, wie Körperreinigung, Nahrungsaufnahme, Anlegen von Bekleidung usw., besonders betont werden. Wenn diese Kriterien vorliegen, ist neben dem Antrag auf Opferrente auch ein Antrag auf Pflegezulage einzubringen. Ist auf den haft- beziehungsweise verfolgungsbedingten Gesundheitsschaden Pflegebedürftigkeit oder Blindheit zurückzuführen, so besteht ein Anspruch auf Pflege- oder Blindenzulage. Je nach Ausmaß der Pflegebedürftigkeit gebührt eine Pflegezulage der Stufe eins bis fünf, wobei im Falle eines dauernden Krankenzustandes zumindest eine Pflegezulage der Stufe drei zu leisten ist. Praktisch Blinde erhalten eine Blindenzulage entsprechend der Stufe zwei und Blinde eine Blindenzulage in Höhe der Stufe drei der Pflegezulage. Alle Empfänger einer Pflege- oder Blindenzulage haben gemäß § 11 Abs. 11 OFG Anspruch auf eine weitere Zulage in Höhe der nach § 12 Abs. 2 KOVG 1957 jeweils festgesetzten Zusatzrente, wobei nur der Anspruch auf Pflege- oder Blindenzulage und nicht deren Stufe maßgebend ist. Außerdem erhalten Blinde (Stufe III) noch eine Zulage von derzeit monatlich 250 Schilling (Führungszulage).

Eine Hinterbliebenenrente (Witwen, Waisen, Doppelwaisen, Elternteile, Elternpaare) gebührt den Inhabern einer Amtsbescheinigung nach § 1 Abs. 3 lit. a oder lit. b OFG. Hier ist von wesentlicher Bedeutung, daß nach § 1 Abs. 3 letzter Satz OFG als Hinterbliebene nach Opfern auch die in § 1 Abs. 3 lit. a und lit. b OFG angeführten Personen gelten, sofern das Opfer an einem Leiden gestorben ist, für das es bis zum Tod Anspruch auf Opferrente hatte. In diesem Zu-

sammenhang wird auf die Wichtigkeit der Anmeldung von haft- beziehungsweise verfolgungsbedingten Leiden bei der Antragstellung auf Opferrente verwiesen. Nur Witwen und Waisen nach Opfern, die unmittelbar vor dem Tod im Bezug einer Opferrente entsprechend einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 90 v. H. gestanden sind, erhalten, ohne daß ein Anspruch auf Zuerkennung einer Amtsbescheinigung gegeben ist, Hinterbliebenenrente gemäß § 11 Abs. 3 OFG und Unterhaltsrente gemäß § 11 Abs. 5 OFG. Auch diese Art der Witwen- und Waisenversorgung ist eine vom Einkommen nicht abhängige Leistung. Außerdem ist diese Rentenleistung nicht an die Amtsbescheinigung für Hinterbliebene gebunden.

Vom Einkommen abhängige Leistungen:

Inhaber einer Amtsbescheinigung nach:	Arten der Rentenleistung:
§ 1 Abs. 1 lit. d	Unterhaltsrente — dazu:
§ 1 Abs. 1 lit. e	Frauzulage,
§ 1 Abs. 2 lit. c	Erziehungsbeiträge,
	Hilflosenzulage,
	Wohnungsbeihilfe
Alle anderen Inhaber einer Amtsbescheinigung	Unterhaltsrente — dazu:
	Hilflosenzulage,
	Wohnungsbeihilfe
Ohne Amtsbescheinigung	Unterhaltsrente für Witwen und Waisen nach erwerbsunfähigen Opferrentnern (MdE 90 v. H.) — dazu:
	Hilflosenzulage,
	Wohnungsbeihilfe
	Witwen-(Waisen-)Beihilfe

Zu den vom Einkommen abhängigen Leistungen gehören die Unterhaltsrente (§ 11 Abs. 5 OFG), die Witwen- und Waisenbeihilfe (§ 11 Abs. 7 OFG), Frauzulage und Erziehungsbeiträge (§ 11 Abs. 10 OFG), die Hilflosenzulage (§ 11 Abs. 12 OFG) und die Wohnungsbeihilfe.

Innerhalb dieser Leistungen nimmt die Unterhaltsrente eine besondere Stellung ein, denn ihr Bezug ist die Voraussetzung für die Gewährung der Hilflosenzulage, der Frauzulage und der Erziehungsbeiträge sowie der Wohnungsbeihilfe. Die Höhe der Unterhaltsrente und überhaupt der Anspruch auf diese Leistung ist von Einkommensgrenzen (Meßbeträgen) abhängig. Grundsätzlich ist jedoch in § 11 Abs. 5 OFG bestimmt, daß die Unterhaltsrente zur Sicherung des

Lebensunterhaltes an Inhaber einer Amtsbescheinigung geleistet wird, sofern die angeführten Einkommensgrenzen nicht überschritten werden. Die Unterhaltsrente für Opfer und Hinterbliebene beträgt derzeit monatlich 1225 Schilling; sie erhöht sich beim Bezug einer Opferrente entsprechend einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 50 v. H. auf monatlich 1285 Schilling bis auf monatlich 1525 Schilling beim Bezug einer Opferrente nach einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 100 v. H. Der Familienstand von Opfern im Sinne des § 1 Abs. 1 lit. d oder lit. e oder Abs. 2 lit. c OFG, die eine Unterhaltsrente beziehen, wird durch die Gewährung einer monatlichen Frauzulage und von monatlichen Erziehungsbeiträgen berücksichtigt.

Die Hilflosenzulage (§ 11 Abs. 12 OFG) erhalten Empfänger einer Unterhaltsrente, die keinen Anspruch auf Pflege-(Blinden-)zulage haben, wenn sie derart hilflos sind, daß sie ständig der Wartung und Hilfe bedürfen. Sie beträgt derzeit monatlich 500 Schilling. Leistungen gleicher Art, auf die Empfänger einer Unterhaltsrente auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen Anspruch haben, sind jedoch auf diese Zulage anzurechnen. Da der Bezug einer Unterhaltsrente Voraussetzung für die Gewährung der Hilflosenzulage ist, haben nicht nur Opfer, sondern auch Witwen Anspruch auf diese Leistung. Damit wurde eine in der Pensionsversicherung schon vorhandene Leistung in die Opferfürsorge eingebaut. Maßgebend hierfür war, daß viele Opfer infolge ihres vorgerückten Alters nicht mehr in der Lage sind, die meisten Verrichtungen des täglichen Lebens allein und ohne fremde Hilfe zu tun.

Schließlich erhalten nach § 11 Abs. 7 OFG Witwen und Waisen nach Inhabern einer Amtsbescheinigung bei Bedürftigkeit eine Beihilfe im Höchstausmaß von zwei Dritteln der laut § 11 Abs. 5 OFG gebührenden Unterhaltsrente. Diese Leistung ist also nicht an eine Amtsbescheinigung für Hinterbliebene, wohl aber an die Voraussetzung der Bedürftigkeit gebunden.

Letztlich muß noch besonders festgestellt werden, daß beim Ableben eines jeden Inhabers einer Amtsbescheinigung ein Sterbegeld gewährt wird (§ 12a OFG). Daneben werden aus Anlaß des Todes eines Opfers, das im Bezug einer Opferrente stand, noch Gebühren für das Sterbevierteljahr geleistet.

Damit sind in sehr gedrängter Form die wesentlichsten Leistungen der Rentenfürsorge im OFG beschrieben. Die vorstehenden Tabellen sollen einen deutlichen Überblick vermitteln.

Die Zwanzigjährigen und der Antisemitismus

Aus der Geschichte der Medizin wissen wir, wie hilflos die Ärzte einer Krankheit gegenüberstehen, deren Erreger noch nicht entdeckt werden konnte. Ist aber diese Entdeckung einmal gelungen, dann wird alles getan, um die Krankheitsursache wirksam zu bekämpfen.

Das gleiche trifft nicht für Erkrankungen des Gesellschaftskörpers zu. Da kann es vorkommen, daß der Bazillus seit langem bekannt ist, aber nichts oder zu wenig gegen ihn unternommen wird. Ein klassisches Beispiel dafür ist der Antisemitismus in einem Teil der jungen Generation, jener „Antisemitismus der Zwanzigjährigen“, von dem kürzlich ein Soziologe sagte, er gehöre zu den „unheimlichsten Phänomenen der Nachkriegszeit in Deutschland und Österreich“.

Wie dieses unheimliche Phänomen entsteht, wer es hervorbringt und fördert, das konnte Ende 1965 wieder einmal in einem westdeutschen Gerichtssaal studiert werden. Auf der Anklagebank saß der zur Tatzeit zwanzigjährige ehemalige Zahntechniker Reinhard Woitzik. Die Anklageschrift wirft dem jungen Mann, der geboren wurde, als das Dritte Reich zusammenbrach, vor, in der Bischofsstadt Bamberg jene abscheulichen antisemitischen Grabschändungen began-

gen zu haben, die seinerzeit die westdeutsche Öffentlichkeit erregten und auch zu vielen Protesten aus dem Ausland führten.

Über die von Woitzik in der Voruntersuchung eingestandenen Taten heißt es da unter anderem:

„Am 13. Juni bemalte Woitzik einen Gedenkstein zur Erinnerung an die 1938 von den Nationalsozialisten abgebrannte Bamberger Synagoge kurz vor der Enthüllung mit einem Hakenkreuz. Am 15. Juni fand man auf dem jüdischen Friedhof der Stadt 23 zum Teil umgeworfene Grabsteine, die von ihm mit Hakenkreuzen und antijüdischen Parolen versehen waren.“

Grabmal Nummer 535: Der Führer sagt, hier ruht ein Saujud; weiße Lackfarbe. Grabmal Nummer 114: SD-Heydrich hoch — sechs Millionen sind zuwenig; rotbraune Fußbodenfarbe. Noch 21mal wiederholt sich dieser Satzbau.

In der Nacht zum 18. Juni wurde das Denkmal des Arztes Johann Schönlein mit Farbe übergossen und mit antisemitischen Plakaten beklebt, am Morgen des 20. Juni ein Schild am Gebäude der jüdischen Gemeinde mit gelbem Autolack besprüht.

Dann entdeckte man auf dem Ehrenmal für die Turner im Stadion wieder in Großbuchstaben ge-

schriebene Hetzparolen, diesmal zum Teil antiamerikanische: „Wir brauchen keine US-Bastarden-Armee, die von Juden angestachelt wird, deutsche Frauen und Mädchen zu vergewaltigen.“

Reinhard Woitzik wird vom Mitarbeiter der Hamburger Tageszeitung „Die Welt“, Rüdiger Dilloo, der zu diesem Prozeß nach Bamberg gekommen war, wie folgt beschrieben:

„Reinhard Woitzik, schüchtern, linkisch, eine magere Knabengestalt in sommerblauem Anzug, betritt den Schwurgerichtssaal und wird fast nicht bemerkt im Gedränge der Zuschauer, Ordner und ellbogenstarken Gerichtssaal-Routiniers.

Der kleine Raum ist überfüllt, die Zuschauerbänke sind fast nur von Schulklassen besetzt, von Gymnasialisten, die sich äußerlich durch nichts von dem jungen Mann unterscheiden, dem der Staatsanwalt jetzt, eine halbe Stunde lang, die Anklageschrift vorliest.“

Was hat diesen knabenhaften jungen Mann bewogen, jüdische Grabsteine zu schänden, Hakenkreuze zu schmieren und zu verkünden, die Ermordung von sechs Millionen Juden sei noch zuwenig? Das letztere ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil daraus hervorgeht, daß der Angeklagte über die grauenhaften Verbrechen der Nazis informiert war. Aus Gesprächen und Tagebuchnotizen konnte entnommen werden, daß der Zwanzigjährige auf eine Wiederkehr des Dritten Reiches hoffte: Es sollten dann sofort wieder Konzentrationslager mit Gaskammern errichtet werden, um die übriggebliebenen „Judenschweine und deren Knechte“ wie Ungeziefer zu vertilgen. Auch die Nürnberger Rassengesetze sollten, so schrieb Woitzik, wieder eingeführt werden.

In der Wohnung Woitziks wurden — so wie seinerzeit in der Wohnung des der gleichen Generation angehörenden österreichischen Neonazis Günther Kümel — Hakenkreuze und nationalsozialistische Schriften gefunden. Außerdem besaß er Hitlerbilder, SS-Runen und Berge von Landserheften aus dem Pabelverlag. Daß der Grabschänder ein regelmäßiger Leser der „Deutschen National-Zeitung und Soldaten-Zeitung“ war, versteht sich von selbst.

Der Vorsitzende und der Staatsanwalt des Bamberger Schwurgerichtes haben ihre Aufgabe sehr ernst genommen. Sie hielten sich bei den eigentlichen strafbaren Delikten nicht lange auf, sondern konzentrierten sich auf die Frage nach den Motiven: „Warum hassen Sie die Juden?“ „Hat Ihnen ein Jude jemals etwas zuleide getan?“ „Kennen Sie überhaupt einen Juden; sind Sie jüdischen Menschen irgendwo begegnet?“

Das waren die Fragen, die dem Angeklagten, der sich mit leiser, lispelnder Stimme verteidigte, immer wieder gestellt wurden. Er antwortete zunächst mit auswendiggelernten Phrasen aus der Naziliteratur. „Die Juden haben schon immer einen zersetzenden Einfluß ausgeübt“, „Juda will das deutsche Volk ausrotten.“ „Moskau und Washington sind seine Werkzeuge.“

Die Industrie und Auschwitz

Im zweiten Frankfurter Auschwitzprozeß ist die Mitverantwortung deutscher Industrieller an dem entsetzlichen Geschehen in Auschwitz wieder zur Sprache gekommen. Der Präsident des Internationalen Auschwitzkomitees, Professor Waitz, sagte als Zeuge, im Hintergrund der Selektionen im Lager Auschwitz-Monowitz hätten die Direktoren der IG-Farben gestanden.

Dieser Konzern errichtete in Monowitz ein großes Werk, in dem Häftlinge eingesetzt waren. Die IG-Farben entliehen bei der SS für ein geringes Entgelt Gefangene, wobei die Verantwortlichen von der IG stets auf einen niedrigen Krankenstand drängten.

Wenn mehr als zehn Prozent der zur Sklavenarbeit herangezogenen Häftlinge krank gewesen seien, hätte automatisch eine Selektion stattgefunden. Ein SS-Arzt habe ihm einmal gesagt: „Wenn die Krankenkurve steigt, beschweren sich die IG-Direktoren wieder.“ Die ausgesonderten Kranken endeten in der Regel in der Gaskammer. An solchen Selektionen in Monowitz soll nach Aussage von Waitz auch der angeklagte SS-Sanitäter Neubert teilgenommen haben.

Auch der Zeuge Bruno Baum erhob schwere Beschuldigungen gegen die IG-Farben-Verantwortlichen. Schwache Häftlinge seien immer dann für die Gasöfen selektiert worden, wenn die Arbeitsleistung im Buna-Werk Monowitz sank.

Schließlich gelang es aber den gemeinsamen Bemühungen des Vorsitzenden und des Staatsanwaltes, diesen Phrasenvorhang zu durchstoßen und die wirklichen Ursachen (oder zumindest einige) des fanatischen Antisemitismus dieses Zwanzigjährigen bloßzulegen. Was er erzählte — und der Wahrheit entsprechen dürfte —, sei hier nur verkürzt wiedergegeben:

Reinhard's Vater, mit dem ihn eine tiefe Liebe verband, kam erst in den fünfziger Jahren aus polnischer Haft zu seiner Familie zurück. Dieser Vater, ein ehemaliger SS-Mann, blieb auch nach dem Krieg ein glühender Nationalsozialist. Er konnte es den „polnischen Schweinen“ nie verzeihen, daß sie ihn nach Kriegsende wegen seiner Tätigkeit in einem KZ einsperrten, obwohl er dort nur seine „Pflicht erfüllt und ihm übertragene Befehle ausgeführt“ habe.

„Mein Vater hat mir erklärt, daß die Juden an unserem Unglück schuld sind. Alles Böse kommt von ihnen. Auch die Polen sind Judenknechte.“

Dieser Vater, der inzwischen verstorben ist, war auch kurze Zeit wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung in der Bundesrepublik eingesperrt. Er wurde von seinem Sohn vergöttert. Vor allem bewunderte der Junge den „heldenhaften Einsatz“ des Vaters an der Front und wurde nicht müde, die „Diffamierung des deutschen Soldaten nach 1945“ als ein „Teufelswerk der Juden“ anzuprangern.

Ungeheuerliches Bekenntnis

„Haben Sie“, fragte der Staatsanwalt, „Auschwitz, Treblinka, die Vergasungen, die Erschießungen, die Massenmorde für richtig gehalten?“ Der junge Angeklagte verzichtete — im Gegensatz zu vielen älteren Unbelehrbaren — auf jede „nordische List“. Er antwortete:

„Ja, ich habe davon gewußt und es auch für richtig gehalten.“

Dem österreichischen Zuhörer beim Bamberger Prozeß drängt sich bei dieser ungeheuerlichen Antwort die Erinnerung an die Demonstration vom 31. März 1965 auf, bei der Ernst Kirchweyer als erstes Todesopfer des neonazistischen Terrors gefallen ist: Damals haben die Borodajkewycz-Anhänger nicht nur „Heil Boro“ und „Juden raus“, sondern auch „Hoch Auschwitz“ gebrüllt!!

Der Bamberger Reinhard Woitzik hat an diesen Demonstrationen nicht teilgenommen. Aber er bekennt sich ebenso wie seine Wiener Gesinnungsfreunde zu Auschwitz, zum perfekten Massenmord an Millionen Menschen. Es geht also bei dieser neuen Hitlerjugend nicht etwa darum, ihr zu erklären, was sich in Auschwitz und anderen Vernichtungslagern abgespielt hat. Im Gegenteil: Diese neue Hitlerjugend bewundert die „männliche Härte“ jener Vätergeneration, die damals dabei war und angesichts von Leichenbergen „nicht schwach“ wurde.

Was die jungen Menschen allerdings nicht wissen — und das hat der Prozeß gegen Reinhard Woitzik mit aller Deutlichkeit gezeigt —, das ist die einfache Wahrheit, daß die Juden Menschen sind wie andere. Sie haben von den Vätern den Irrglauben von der angeborenen Verworfenheit „der Juden“ übernommen, die zwar Menschengestalt haben, aber schlimmer sind als wilde Tiere. Der Mord an einem Juden ist daher in ihren Augen ebensowenig ein Mord wie das Töten einer Giftschlange.

Das Bamberger Schwurgericht begnügte sich nicht mit der Erkenntnis, daß Woitzik's Vater, der ehemalige SS-Mann, den Wahn des Judenhasses bei seinem Sohn verschuldet hat. Es drängte den jungen Angeklagten, doch über seine eigenen bösen Erfahrungen mit Juden zu berichten. Und Woitzik erzählte dem staunenden Gerichtshof eine Geschichte, die es verdiente, in ein Werk über die Psychologie des Antisemitismus aufgenommen zu werden:

Er stehe heute ohne erlernten Beruf da. Daran sei jener Bamberger Zahnarzt schuld, bei dem er als Zahn-techniker in die Lehre gegangen sei. Später habe sich herausgestellt, daß dieser zur Ausbildung nicht berechtigt sei.

(Schluß folgt)

Dokumente der Zeit*

Am 16. März 1936 begann vor einem Wiener Schwurgericht jener Prozeß gegen die Funktionäre der illegalen Arbeiterbewegung, der als der große Sozialistenprozeß in die Geschichte eingegangen ist. Wir veröffentlichen die Rede des Genossen Karl Hans Sailer.

Der große Sozialistenprozeß

Sailer schildert zunächst seine Jugend, spricht über seinen Werdegang in der Arbeiterbewegung und seine Krankheit. Dann gibt er eine Darstellung der Erlebnisse des Jahres 1933, um, wie er sagt, nicht nur sein Verhalten verständlich zu machen, sondern um darüber hinaus Verständnis zu suchen für die Lage, in die hunderttausende Sozialdemokraten nach dem Februar gekommen sind:

Stoß um Stoß wurde in diesem letzten Jahr gegen die Partei geführt. Zähneknirschend haben wir alle diese Demütigungen, dieses stetige Zurückdrängen ertragen. Bange lange Nächte haben wir in dieser Zeit in der Redaktion zugebracht, wenn wieder ein neuer Schlag angekündigt war, und immer noch, auch in letzter Minute, haben wir auf eine Wendung zum Besseren gehofft. Die letzte Hoffnung wurde enttäuscht, als dann Fey am 11. Februar den entscheidenden Schlag gegen die Partei ankündigte. Der Funke war angefacht, und in Linz ging das Pulverfaß los.

Da war eine große, mächtige Bewegung mit vielen

hunderttausend Mitgliedern, weit verzweigt und verästelt, getragen von einer starken, suggestiven Idee und gefestigt durch eine mehr als ein halbes Jahrhundert alte ruhmvolle Tradition — nun zerschlagen.

Kein Mensch kann denken, daß eine solche riesige Gemeinschaft, die in Wien allein zwei Drittel der Bevölkerung erfaßte, die alle Zweige des geselligen, des kulturellen Lebens einschloß, über Nacht zerrissen werden könnte — und in der Tat, die Partei lebte auch nach dem Verbot, wenn auch mit zerschnittenen Sehnen, fort.

Die Organisation war zerstört, was aber durch behördliche Maßnahmen nicht aus der Welt geschaffen werden kann, das sind die Menschen, die Freundschaft und persönlichen Beziehungen zueinander.

Der Geist lebte fort, und überall, wo frühere Parteigenossen zusammenkamen, im Betrieb, zufällig auf der Straße und von Wohnung zu Wohnung, im Kaffeehaus oder irgendwo — von was anderem hätten sie reden sollen als von dem, was sie gemeinsam bewegte: von der Partei?

Man kann die Entwicklung seit dem Februar nicht verstehen, wenn man nicht den seelischen Zustand der sozialdemokratischen Arbeitermassen in dieser Zeit in Betracht zieht. Gewiß, unter den Erschütterungen der Katastrophe hatte sich die Spreu vom Weizen gesondert, waren zunächst die Mitläufer, die früher der roten Konjunktur gefolgt waren, abgefallen, um sich der neuen Ordnung anzupassen. Aber das Gros der sozialdemokratischen Arbeiter blieb auch nach dem Februar treu. Freilich — anders ist es nicht vorstellbar —, sie wurden ungeheuer radikalisiert.

Man denke an die hunderte Blutopfer, an die mit Kanonen zerschossenen Häuser, an die tausende Gefangenen und die Abertausende, deren Existenz zerstört wurde, an das gewaltige Kulturwerk der Arbeiterbewegung, das vernichtet wurde, um den Gemütszustand der Arbeitermassen in dieser Zeit zu begreifen. Aber der Zorn der Arbeiter richtete sich nicht nur gegen die Sieger, sondern er kehrte sich auch — und dies ist das entscheidende Merkmal dieser Zeit — gegen alles, was sie bisher als richtig empfunden hatten. So weit haben wir es, hieß es damals, mit der Demokratie gebracht; hätten wir doch damals im Jahre 1918, als wir die Macht dazu gehabt haben, dasselbe autoritäre Regime aufgerichtet, wie es jetzt unsere Gegner gegen uns getan haben! Statt dessen haben wir schöne Worte von Demokratie und Gleichheit gesprochen, und sind immer mehr zurückgewichen, bis nun am Ende die Katastrophe über uns gekommen ist...

Erst vor einigen Tagen war in den Zeitungen zu lesen, daß Eduard VIII., der junge englische König, die Elendswohnungen von Glasgow besucht und den dortigen Gemeindeverwaltern empfohlen hat, ebenso schöne Häuser für die Arbeiter zu bauen wie in Wien. So beurteilt man in der Welt das Aufbauwerk der roten Gemeinde Wien.

Die Männer aber, die in Wien diese Häuser, diese Spitäler und Bäder und Kindergärten gebaut haben, die wurden dafür nach dem Februar in Kerker und Konzentrationslager geworfen!

Revolutionäre Sozialisten vor Gericht.

Der große Sozialistenprozeß vor dem Wiener Landesgericht.

Preis 20 g.

April 1936.

Preis 20 g.

Zu Neujahr 1935 fand in Brünn eine aus ganz Österreich beschickte Reichskonferenz der Revolutionären Sozialisten statt. Unter den mehr als sechzig Teilnehmern befand sich ein Spitzel — sein Name wurde während der Verhandlung genannt, aber er war weder unter den Angeklagten noch unter den Zeugen — und der Lump Josef Stöckel, der nach seiner Verhaftung zum Verräter an seinen Kameraden wurde. Diese zwei Judasse verursachten die Verhaftung von rund dreißig illegalen Kämpfern, Männern und Frauen der tapferen Avantgarde der österreichischen Arbeiterklasse.

Sozialismus ist Hochverrat.

Vom Jänner 1935 an saßen die meisten Beschuldigten im Kerker. Ein Teil dieser langen Haft entfiel auf willkürliche Polizeistrafen, der größere Teil war Untersuchungshaft. Des Hochverrats, also des schwersten Verbrechens, klagte sie der Staatsanwalt an, weil sie die sozialistische Bewegung in Österreich organisiert, an der Brünn Konferenz teilgenommen und dort programmatische Beschlüsse gegen das faschistische Regime in Österreich gefaßt haben sollten. In Wirklichkeit standen nicht irgendwelche Handlungen unter Anklage, sondern die sozialistische Gesinnung.

Sozialismus ist Hochverrat — das ist der einzige Gedanke, den die Anklageschrift enthält.

Keiner der Angeklagten hat eine Gewalttat begangen. Keiner hat mit kindischen Putschplänen gespielt. Und trotzdem Hochverräter? Um das zu verstehen, muß man folgendes wissen: In einem Prozeß gegen Revolutionäre Sozialisten vor dem Landesgericht Klagenfurt erklärte der Staatsanwalt: »Die Angeklagten geben zu, die Wiederaufrichtung der politischen Macht der Arbeiter angestrebt zu haben. Das ist Hochverrat, denn dieses Ziel kann im heutigen autoritären Staat nur durch einen gewaltsamen Umsturz erreicht werden.« Und in einem anderen politischen Prozeß erklärte der Staatsanwalt, selbst die Forderung nach Wahlen sei Hochverrat, denn Wahlen seien in der jetzigen Verfassung nicht vorgesehen! Man sieht: es ist die Angst der Herrschenden, die jede Regung, jede Gesinnung der Arbeiter zur »illegalen Betätigung« stempelt, sie zum Verbrechen macht.

In Wirklichkeit waren die Revolutionären Sozialisten angeklagt, weil sie, wie einer von ihnen stolz erklärte, ihre Gesinnung nicht so rasch geändert haben, wie andere Leute Verfassungen ändern.

Das können die herrschenden Gesinnungskünstler freilich nicht verstehen! Das verstehen aber die Männer und Frauen der österreichischen Arbeiterschaft, die in ihrem Herzen alle, alle solche Hochverräter gegenüber einem Schandregime, solche treue Bekenner ihrer Gesinnung geblieben sind wie ihre dreißig Wortführer vor dem Wiener Landesgericht! Die Dreißig haben gesagt, was wir alle fühlen und denken!

»Die Brünn.«

Je mehr die Herrschenden die Revolutionären Sozialisten als einen ernstesten Gegner erkennen lernten, desto mehr bemüht haben sie sich, Verleumdungen über sie zu verbreiten. In der vaterländisch gleichgeschalteten Presse, die nur schreiben darf, was die Regierung befiehlt, wurden die Revolutionären Sozialisten immer nur als »Brünn Agenten« bezeichnet. Man behauptete, die österreichischen Arbeiter seien im Grunde alle brav vaterländisch und würden nur von berufsmäßigen Hetzern, die im Solde der Brünn Emigranten stünden, verführt und verleitet.

Nun, jetzt hat man »die Brünn« im Gerichtssaal gesehen! Da waren Männer und Frauen wirklich nach Brünn gefahren, um dort untereinander zu beraten, weil in Öster-

Das Titelblatt der 20 Seiten starken illegalen Broschüre in Originalgröße.

Der Mann, der nach dem Februar verlangt hat, daß man die Wiener Gemeindebauten schleife, hat von seinem Standpunkt aus Recht gehabt, denn er hat verstanden, daß sie Denkmäler sind, die für ihre Erbauer Zeugnis ablegen, daß hier die Steine sprechen, wo die Menschen schweigen müssen.

Aber ich kann mich bei der Aufzählung der Motive meines Handelns nicht damit begnügen, meine Treue und meine Bewunderung für die sozialistische Bewegung zu betonen, ich muß sagen, warum ich die Neuordnung nach dem Februar ablehnen mußte. Ich sah hinter dem Schild des sogenannten ständischen Aufbaus die Reaktion, die Diktatur.

Und mir wurde klar, daß dieses Experiment nicht von Dauer sein könne, ich wußte aus der Geschichte, daß man eine ihrem Wesen nach aus dem Mittelalter stammende und für das Mittelalter geeignete Verfassung nicht auf das zwanzigste Jahrhundert übertragen kann. In dem Maße, in dem die faschistischen Kräfte in der Welt wieder zurückgedrängt werden, wird es auch in Österreich gelingen, die Freiheitsrechte wiederherzustellen. Diese Gedanken habe ich auch in meiner Rede auf der Brünner Konferenz ausgesprochen:

Das gegenwärtige Regime in Österreich ist nur das Ergebnis einer ganz bestimmten weltpolitischen Konstellation, gestützt auf die Machtmittel der Exekutive, bei völliger Ausschaltung des Volkswillens. Jede Änderung dieser weltpolitischen Konstellation muß die Wirkung haben, daß der Volkswille wieder zur Geltung kommt.

Bis dahin muß die Arbeiterschaft in geistiger Verbindung mit ihrer großen Tradition erhalten werden. So wie sie früher einmal die Verfolgung des Ausnahmezustandes überwunden hat, so wie sie heute trotz blutigem Terror in Italien und Deutschland noch immer lebt, so wird sie auch in Österreich wieder ihren Triumph erleben!

Für meine Rede auf der Konferenz trete ich voll und ganz ein. Das Bekenntnis zu einem Programm ist eine Frage der Gesinnung, und eine Gesinnung kann nicht Gegenstand einer Strafverfolgung sein. Im übrigen steht in allen diesen Entwürfen nichts, was nicht auch die sozialistischen Parteien in allen Ländern Europas als ihr Programm anerkennen, und doch werden sie in ihren Ländern nicht wegen Hochverrates verfolgt, sondern nehmen vielfach sogar an der Regierung teil. Heute geht wieder eine Welle der Demokratie durch Europa. Selbst die „Reichspost“ verzeichnet den Linkskurs in Frankreich und stellt fest, daß Österreich „ein geradezu vitales Interesse an dieser Entwicklung hat“. Aber man muß auch die Konsequenz daraus ziehen, daß dem Linkskurs in der Außenpolitik die Innenpolitik entsprechen muß. Diese Linkspolitik kann nur mit der Partei der Arbeiter gemacht werden, weil deren Politik die Politik der europäischen Befreiung, weil deren Grundsatz der Grundsatz Europas ist: Weder Habsburg noch Hitler, weil Habsburg und Hitler den europäischen Frieden bedrohen!

Wir könnten heute ein friedliches Österreich haben, getragen von der Mehrheit des Volkes, das bereit ist, die Unabhängigkeit dieses Landes zu verteidigen. Aber es muß ein freies Österreich sein!“

Während der Rede Sailers, die im übrigen von den zahlreich im Saal anwesenden Gerichtspersonen mit größter Aufmerksamkeit angehört wird, ereignet sich ein stummer aber bezeichnender Zwischenfall. Während vor ihnen ein Mann sprach, für den die Anklageschrift die Todesstrafe beantragt, hielten die beiden beisitzenden Berufsrichter ihr Mittagsschlafchen. Ausländische Journalisten haben festgestellt, daß der eine zwanzig, der andere fünfzig Minuten lang schlief. Diese Tatsache ist in dem Bericht der bürgerlichen „Basler Nationalzeitung“ vom 20. März ausdrücklich und sehr abfällig verzeichnet.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Karl Blei, Josef Hindels, Rudolfine Muhr, Rudolf Trimmel, Otto Wolken



Jahresausgleich für Pensionsbezieher

Ähnlich wie bei der Lohnsteuer wird auch für die Pensionsbezieher ein Jahresausgleich durchgeführt, und zwar im Zusammenhang mit der Anwendung der Ruhensbestimmungen. Bei Pensionisten, die auf Grund des ASVG eine Pension beziehen und daneben noch einer Erwerbstätigkeit nachgehen, wird, wenn das monatliche Einkommen die vorgesehenen Grenzbeträge überschreitet, ein Teil der Pension zum Ruhen gebracht.

Beim Jahresausgleich nach dem ASVG wird nun vom Pensionsversicherungsträger geprüft, ob bei Aufteilung des gesamten Jahresverdienstes auf zwölf Monate der Ruhensbetrag, der abgezogen wurde, nicht zu hoch war. Ein Pensionist hat zum Beispiel im Jahre 1965 nur durch vier Monate hindurch gearbeitet und ein Entgelt von insgesamt 12.000 S erzielt, also 3000 S monatlich neben der Pension erhalten. Von seiner monatlichen Pension wurden drei Monate hindurch je 470 S abgezogen, weil im ersten Monat der Beschäftigung die Pension nicht gekürzt wird. Auf Grund des Jahresausgleichs wird dieser Pensionsbezieher nun 1410 S (abzüglich des Beitrages zur Krankenversicherung) vom Pensionsversicherungsträger rückerstattet erhalten, da im Zuge des Jahresausgleichs das erzielte Entgelt von 12.000 S auf 12 Monate aufgeteilt wird und bei einem monatlichen Einkommen von 1000 S die Ruhensbestimmungen nicht angewendet werden.



Die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter, die Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen und die Land- und Forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt werden diesen Jahresausgleich von Amts wegen durchführen. Eine Antragstellung durch den Pensionsbezieher ist daher bei diesen Pensionsversicherungsträgern nicht erforderlich.

Die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten sowie die Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues, die noch nicht die Einrichtungen besitzen, um den Jahresausgleich maschinell zu errechnen, können den amtswegigen Jahresausgleich nicht durchführen; daher müssen die Pensionsbezieher dieser Anstalten bis 31. März 1966 einen entsprechenden Antrag auf Durchführung des Jahresausgleichs einbringen.

WIR BITTEN um Nachricht

In folgenden Verfahren gegen Personen, die Gewaltverbrechen in der NS-Zeit begangen haben, werden Zeugen gesucht.

Emilie Reichel-Kowa

Gegen die ehemalige SS-Aufseherin Emilie Reichel, die in den Jahren 1944/1945 den Familiennamen Kowa trug, wird von den deutschen Justizbehörden ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachtes des Mordes geführt. Die Reichel war von 1944 bis Anfang 1945 Aufseherin im Außenlager Breslau-Hundsfeld des Konzentrationslagers Groß-Rosen in Schlesien.

In diesem Lager waren 300 weibliche jüdische Häftlinge, die im Zweigwerk Rheinmetall-Borsig AG Zwangsarbeit leisteten. Auf dem Rückmarsch dieser Häftlinge von Breslau in das KZ Groß-Rosen im Jänner 1945 soll die Reichel-Kowa einen unbekannten Häftling erschossen haben.

Die jüdischen Frauen sollen aus Ungarn gestammt haben; ein Zeuge dagegen hat allerdings erklärt, daß die Häftlinge aus dem Warschauer Ghetto gekommen seien.

Morde im Kreis Busko

Die Staatsanwaltschaft Mosbach (Bundesrepublik Deutschland) führt ein Ermittlungsverfahren wegen vielfachen Mordes an der jüdischen Bevölkerung im Kreis Busko.

Die Morde haben sich insbesondere bei den Ausiedlungsaktionen der jüdischen Bevölkerung aus dem Kreis Busko ereignet.

Wir bitten alle Genossinnen und Genossen, uns zu benachrichtigen, falls sie zweckdienliche Angaben machen können.

Aus dem Wiener Landesverband

Zum 20. Todestag von Hugo Breitner

Eine Delegation unseres Bundesvorstandes hat am 4. März 1966 am Grabe von Hugo Breitner einen Kranz niedergelegt.

Genosse Breitner hat als Finanzreferent der Bundeshauptstadt ganz hervorragenden Anteil am Aufbau des „Roten Wien“ gehabt, der in der Zeit des Herannahens der faschistischen Diktatur in der ganzen Welt Anerkennung und Bewunderung gefunden hat. Insbesondere hat die Wohnbautätigkeit der damals sozialdemokratisch verwalteten Gemeinde Wien als eine echte Pionierleistung für viele andere Städte im Ausland als nachahmenswertes Vorbild gegolten. Und als 1934 die neuen austrofaschistischen Machthaber das Ziel ihrer Wünsche mit der völligen Unterdrückung der Sozialdemokratie erreicht zu haben glaubten, da mußten sie mit verhaltener Wut zur Kenntnis nehmen, daß das „Rote Wien“ im Ausland weitaus mehr als „österreichisch“ galt als ihr Regime, das auf dieses „Rote Wien“ mit Kanonen geschossen hatte...

Andreas Liberda

Aus Graz kommt verspätet die Nachricht, daß Genosse Andreas Liberda, ehemaliger Sicherheitsdirektor von Niederösterreich während der schweren Besatzungszeit, am 8. Februar im 73. Lebensjahr nach langer schwerer Krankheit gestorben ist. Andreas Liberda's Name hat unter den

Älteren in der sozialistischen Bewegung einen guten Klang. Er war als aufrechter und opferfreudiger Demokrat bekannt, der mit Leidenschaft in gefährvollen Zeiten für Österreich und die Freiheit kämpfte. Liberda nahm nach dem Zusammenbruch des Naziregimes auf die Bitte des damaligen Innenministers Oskar Helmer den Posten des Sicherheitsdirektors für Niederösterreich an. Er trat den Übergriffen der russischen Besatzungsmacht sehr entgegen und ließ sich auch durch Verwarnungen nicht von seinem Kampf für das Recht abbringen. Im Jahre 1949 erzwangen die Russen seine Abberufung. Nur mit knapper Not entging Liberda damals der Verhaftung und der Deportierung in ein Straflager. Die letzten Lebensjahre verbrachte Genosse Liberda im Kreise seiner Familie in Graz.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. „Niemals vergessen!“



Karl Heinz

Weiter beklagen wir den Tod eines treuen und lieben Freundes: Karl Heinz ist vor kurzem einem Herzschlag erlegen. Er stand im 70. Lebensjahr und erfreute sich bis zu seinem Tode einer erstaunlichen körperlichen und geistigen Frische. Seine Asche wurde in Berkeley (Kalifornien) beigesetzt, wo er mit seiner Frau und seinem Sohn Otto seit 1941 gelebt hat.

Mit Karl Heinz geht ein Genosse dahin, der uns stets in lieber Erinnerung sein wird. Er war das Kind einer Wiener Arbeiterfamilie und trat schon als Lehrling — er wurde Schriftsetzer — dem Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend bei. Den ersten Weltkrieg erlebte er als Soldat an der italienischen Front. Nach Kriegsende stürzte sich Karl Heinz mit der Begeisterung der Jugend in die sozialistische Bewegung. Schon 1919 wurde der junge Karl Heinz in den Vorstand des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend gewählt, und wenige Monate später machte Friedrich Adler den tüchtigen Jungfunktionär zu seinem engsten Mitarbeiter und Sekretär des Reichsarbeiterrates, dessen Obmann Adler war. 1921 wurde Karl Heinz zum Obmann des Verbandes der Sozialistischen Jugend gewählt, und unter seiner Leitung nahm diese Organisation in den zwanziger Jahren einen raschen Aufstieg. Heinz, der unermüdlich studierte, hielt in diesen Jahren zahllose Reden, schrieb Artikel für den „Jugendlichen Arbeiter“ und verfaßte auch einige Broschüren über die Aufgaben und die Geschichte der Jugendorganisation. Es zeigt von dem Ansehen, das die österreichische Jugendbewegung und Karl Heinz in anderen Ländern genossen, daß bereits Mitte der zwanziger Jahre Karl Heinz zum Vorsitzenden der Sozialistischen Jugendinternationale gewählt wurde.

Im Jahre 1923 wurde Karl Heinz zum Sekretär des Republikanischen Schutzbundes bestellt. Er hatte diese Funktion bis zum Jahre 1934 inne. Bei den Nationalratswahlen des Jahres 1930 wurde Karl Heinz als ein Vertreter der jungen Generation in den Nationalrat gewählt; er gehörte ihm bis zu seiner Auflösung im Jahre 1933 an.

Nach dem Untergang der Ersten Republik im Jahre 1934 arbeitete Karl Heinz als Mitglied des Auslandsbüros österreichischer Sozialisten in Brünn. Als dieses Büro nach dem Einmarsch Hitlers in Österreich im Jahre 1938 aufgelassen werden mußte, ging Karl Heinz, der gute Beziehungen zu den skandinavischen Sozial-

listen hatte, nach Stockholm. Er arbeitete dort in einem Flüchtlingsbüro, das die schwedischen Gewerkschaften und die schwedische Partei gegründet hatten. Gerade in dieser Tätigkeit bewährte sich die einzigartige Hilfsbereitschaft und Güte von Karl Heinz. Er hat in dieser Funktion sehr vielen gefährdeten Menschen die Einreise nach Schweden ermöglicht und sie dadurch vor den Todeslagern des Faschismus bewahrt.

Im Jahre 1940 marschierten die deutschen Truppen in Dänemark und Norwegen ein. Nun wurde der Druck auf die schwedische Regierung immer größer. Schwedische Freunde legten Karl Heinz nahe, das Land zu verlassen, und so trat er denn im Jahre 1941, zusammen mit Helene Bauer und anderen Parteifreunden, die große Reise über Moskau-Wladiwostok-Manila und den Stillen Ozean nach Kalifornien an. Nach Jahren harter Entbehrungen fand er dort in der Universität von Kalifornien Arbeit und eine gesicherte Existenz. Obwohl Karl Heinz fast 25 Jahre in Amerika gelebt hat, war es doch immer sein Traum, wieder nach Wien zurückzukehren und hier seinen Lebensabend zu verbringen; der Tod hat nun diesen Traum grausam zerstört. Wir werden diesem lauterem, guten Menschen und hervorragenden Kämpfer stets ein ehrendes und liebevolles Angedenken bewahren.

Die Bezirke berichten:

Wieden

August Bergmann †. Unser Genosse August Bergmann, der am 5. Jänner 1966 einem schweren, aus seiner sechsjährigen KZ-Haft stammenden Leiden erlag, war von Jugend an aktiver Sozialist und treuer Vertrauensmann. In öffentlicher Funktion wirkte er als Bezirksvorsteher-Stellvertreter im vierten Wiener Gemeindebezirk. Am Wiederaufbau der Wiener Organisation seit 1945 beteiligt, war er ein ideenreicher und initiativer Organisator und Propagandist, der jüngeren Mitarbeitern reiche Erfahrungen vermittelte. Alle, die ihm in seinen Funktionen begegneten oder mit ihm arbeiteten, haben einen selbstlosen, allzeit hilfsbereiten Freund von tiefer Menschlichkeit verloren, die Wiener Partei einen ihrer Tüchtigsten. Wir werden ihn niemals vergessen!

*

Gustav Fuchs †. Unser Genosse Gustav Fuchs, ein treuer Kämpfer für die Rechte der arbeitenden Menschen und langjähriges Mitglied unseres Bundes, ist von uns gegangen. Wir werden sein Andenken bewahren und in seinem Sinne für eine schöne Zukunft in Freiheit und Frieden weiterkämpfen. „Niemand vergessen!“

Josefstadt

Friedrich Jelletz †. Durch das Ableben unseres Genossen Friedrich Jelletz erleidet unsere Bezirksgruppe einen schweren Verlust. War er doch viele Jahre ein aktiver Mitarbeiter, dessen Wirken wir sehr vermissen werden. Wir werden ihm ein ehrendes Angedenken bewahren. „Niemand vergessen!“

Penzing

Jahresversammlung. Nach Begrüßung der erschienenen Mitglieder sowie des Referenten Genossen Robert Blau durch Obmann Genossen Dorsch wurde die Generalversammlung eröffnet und nach der festgelegten Tagesordnung abgehalten. Auf Vorschlag des Obmannes des Wahlkomitees wurde der bisherige Ausschuß wiedergewählt. Es gehören ihm die folgenden Genossinnen und Genossen an:

1. Obmann: Genosse Stefan Dorsch.
2. Obmann: Genossin Käthe Jonas.
1. Kassier: Genosse Hans Ambichl.
2. Kassier: Genosse Adolf Hofstetter.
1. Schriftführerin: Genossin Emilie Krum.
2. Schriftführerin: Genossin Herta Schwarz.
- Kataster: Genosse Friedrich Hermann.

Kontrolle: Die Genossin Karin Groß und Genosse Rudolf Frania.

Beisitzer: Genossin Antonie Platzer.

Danach brachte Genosse Blau ein äußerst interessantes Referat, das mit großem Applaus aufgenommen wurde.

*

Eduard Buck †. Wir betrauern das Ableben unseres Genossen Eduard Buck, der viele Jahre Mitglied der Partei und unseres Bundes gewesen ist. „Niemand vergessen!“

Eine Bitte an unsere Mitarbeiter

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, alle Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.

Ottakring

Maria Pokorny †. Unvermutet und hart hat der Tod eine Genossin aus unseren Reihen genommen, die zeit ihres Lebens für ihre Mitmenschen gewirkt und gearbeitet hat: Maria Pokorny.

Sozialismus ist Dienst am Nächsten, Sozialismus bedeutet Menschlichkeit schlechthin: Maria Pokorny diente treu und mit Hingabe dieser Idee der Brüderlichkeit. Sie war eine Sozialistin reinsten Wassers.

An der Bahre der gelehrten Naturblumenbinderin, die durch Fleiß und Können und vom Vertrauen ihrer Mitarbeiter getragen zu den höchsten Funktionen der Arbeiterschaft berufen wurde, fanden sich ihre Freunde zusammen, um Abschied zu nehmen und ihr für ihre großen Leistungen Dank zu sagen. Genossin Pokorny war Leiterin des Fürsorgeamtes des Arbeiterbezirkes Ottakring und hat darüber hinaus im Parlament für die „Kleinsten“ im Lande gewirkt. Der Kreis ihrer Freunde ist weit gespannt. Er umfaßt die Mitglieder des Frauenzentralkomitees der SPÖ, Mitglieder des Nationalrates, Bundesrates und des Wiener Gemeinderates sowie die Fürsorgeamtsvorstände mit dem Präsidenten des Wiener Landtages an der Spitze. Wir finden die Vertreter der Volkshilfe ebenso wie die Vertrauenspersonen der SPÖ Ottakring, in deren Kreise sie als Kämpfer von Albert Sever, Karl Volkert, Karl Honay, Wilhelmine Moik, August Scholz und Karl Kysela unter anderem tätig war.

Maria Pokorny hatte schon früh erkannt, worauf es ankommt: Mit Partei und Gewerkschaft gerechte gesellschaftliche und betriebliche Verhältnisse zu erkämpfen und dem einzelnen nach Kräften zu helfen.

Für den Sozialismus zu arbeiten, den Menschen zu dienen, war Lebensinhalt und Ziel ihres Wollens. Dafür hat sie auch Opfer, Entbehrungen, Haft und Konzentrationslager auf sich genommen und sich stark und ungebrochen der Erfüllung ihres Lebenszieles hingegeben, als 1945 die Stunde der Befreiung schlug. „Niemand vergessen!“

*

Jahresversammlung. Am 17. Februar fand die Jahresversammlung der Bezirksgruppe statt. In seiner Begrüßung konnte Genosse Linnert den Bezirksobmann Genossen Pfoch, die Genossen Rößner, Dr. Müller sowie eine Reihe von Funktionären begrüßen.

Bezirksobmann Genosse Pfoch begrüßte die Versammlung im Namen der SPÖ XVI und dankte dafür, daß die Sozialistischen Freiheitskämpfer niemals zögern, ihre Kraft in den Dienst der guten Sache zu stellen. Besonders gedachte



Arbeiter! Angestellte!

Entlehnt Bücher der Betriebsbühereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbüherei!

Die Betriebsbühereien
werden betreut durch die

**Reise- u. Versandbuchhandlung
des
Österreichischen
Gewerkschaftsbundes**

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

Genosse Pfoch des 12. Februar 1934 und der Kämpfer gegen den Anschlag der Austrofaschisten.

Genosse Linnert gedachte der verstorbenen Mitglieder, zweier Genossinnen und sechs Genossen, wobei er unsere Ehrenobmannin Genossin Pokorný, die drei Tage vor der Hauptversammlung verstarb, besonders erwähnte. Genossin Pokorný war auch eines der Gründungsmitglieder und führte jahrelang die Gruppe. Stehend gedachte die Versammlung der Verstorbenen.

Nach der Genehmigung der Tagesordnung erstattete der Obmann Genosse Eibicht den Bericht, worin die Fahrt nach Lidice den breitesten Raum einnahm. Die Feststellung, daß Genosse Linnert jede Woche mit Rat und Tat den Mitgliedern zur Verfügung steht, fand stärksten Beifall. Auch der Bericht des Kassiers und der Kontrolle wurde zur Kenntnis gebracht und ohne Debatte einstimmig angenommen. Für das Wahlkomitee sprach Genosse Kolin, der folgenden Vorschlag unterbreitete:

1. Obmann: Genosse Friedrich Eibicht.
2. Obmann: Genosse Franz Linnert.
- Kassier: Genosse Franz Segulin.
- Schriftführer: Genosse Gustav Hagner.
- Kontrolle: Die Genossen Leopold Herzog und Erwin Segulin.
- Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossen Friedrich Eibicht, Gustav Hagner, Franz Linnert und Franz Segulin.
- Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossen Friedrich Eibicht, Gustav Hagner, Leopold Herzog, Franz Linnert und Franz Segulin.

Die Vorschläge wurden einstimmig angenommen. Der wiedergewählte Genosse Eibicht dankte im Namen des Ausschusses und versprach, mit bestem Wissen und Gewissen für die Bezirksgruppe zu arbeiten.

Der Referent Genosse Dr. Müller sprach über die Erste Republik, über die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg und kam dann zur Gegenwart. Er meinte, nur die Sozialisten könnten der Reaktion Einhalt gebieten, eine Feststellung, die gerade bei den sozialistischen Freiheitskämpfern lebhaften Widerhall findet. Der Beifall am Ende lohnte die Worte des Referenten.

Im Anschluß an das Referat wurde das tief ergreifende Filmdokument „Lidice“ gezeigt, für die Teilnehmer der Fahrt eine Erinnerung und eine Mahnung zugleich. Mit dem „Lied der Arbeit“ löste sich die Versammlung auf.

Währing

Viktor Fleischmann †. Als er geboren wurde, war sein Vater tot, und in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts war das Leben einer Witwe mit einem kleinen Kind ein hartes Dasein.

Viktor, der das Schlosserhandwerk erlernte, kam über den Verband jugendlicher Arbeiter in die damals noch vielgliedrige Organisation der Metallarbeiter. Die Tage glücklicher Jugend waren sehr kurz gewesen. Er mußte einrücken und kam schwer verwundet aus dem ersten Weltkrieg heim. Sein Beruf und die Arbeit für Partei und Gewerkschaft füllten nun sein Leben aus.

Doch es kamen die Tage des Juli 1927, die Krisenjahre, und der Februar 1934. Und so landete Viktor so wie alle Verteidiger unserer ohnehin schon angeschlagenen bürgerlichen Demokratie im KZ Wöllersdorf. Noch weniger war Platz für einen Österreicher im Reiche des braunen Faschismus: Tod oder Emigration, so stand die Frage.

Genosse Fleischmann ging mit seiner Frau in die Emigration nach England. Nach neun Jahren kam Genosse Fleischmann wieder heim in das Land seiner Sehnsucht, nach Österreich. Ein Unfall machte seiner weiteren Tätigkeit als Metallarbeiter ein Ende. Er arbeitete als Pkw-Fahrer und Verkehrsarbeiter. Doch sein Hauptinteresse galt wieder dem Aufbau der Arbeiterorganisationen und vornehmlich der Fürsorge für die Opfer des Faschismus. Die Bezirksgruppen Währing und Hietzing wissen das besonders zu danken.

Seiner Frau gilt unser Dank für ihre treue Kameradschaft, durch die sein Wirken erst möglich wurde, und unsere Anteilnahme. Wir werden unserem Genossen Viktor Fleischmann ein ehrendes Andenken bewahren.

*

Franz Salajka †. Unsere Bezirksgruppe betrauert den Tod eines langjährigen Genossen und Mitkämpfers: Franz Salajka. Er hat in stets einsatzbereiter Begeisterung viele Jahre für unsere Idee und die Sache unserer Partei gearbeitet. Wir werden ihn niemals vergessen!

Döbling

Jahresversammlung. Am 15. Februar 1966 tagte die Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe im Arbeiterheim Döbling, Wien 19, Billrothstraße 48.

Unser Bezirksobmann Genosse Johann Haas begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder, besonders den Referenten Manfred Ackermann und den wegen schwerer Erkrankung zurückgetretenen Bezirksvorsteher, Genossen Franz Opfermann. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung hielt Genosse Haas den im abgelaufenen Jahr verstorbenen Genossen Adolf Baumgartner, Karl Dötzlhofer und Anton Venz einen tiefempfindlichen Nachruf. Haas gedachte ihrer Opferbereitschaft als ehemalige Schutzbündler und ihrer Kampfbereitschaft bei den illegalen Revolutionären Sozialisten. Er sagte: „Wieder hat der Allbezwinger Tod eine große Lücke in unsere Reihen gerissen und drei treue und verlässliche Genossen von uns genommen.“ Haas sagte auch Worte des Gedenkens für die im Kampf um den Karl-Marx-Hof gefallenen Genossen Viktor Klose und Ernst Rebec, für Emil Svoboda, den die Austrofaschisten henken ließen, und für den im KZ zugrunde gegangenen Edwin Schuster.

Nachdem die Jahresversammlung auf die Verlesung des vorjährigen Protokolls verzichtet hatte, ließ Genosse Haas über die Tagesordnung abstimmen, die einhellig genehmigt wurde. Nach der Wahl des Wahlkomitees, in welches die Genossin Josefine Hartner und die Genossen Karl Kreihsl, Franz Slepitzka und Josef Streicher gewählt wurden, erstattete Genosse Haas den Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Jahr. Aus dem umfangreichen Bericht seien die Kranzniederlegungen bei der Gedenktafel im Karl-Marx-Hof und in den nach Viktor Klose, Ernst Rebec und Emil Svoboda benannten Gemeindebauten, sowie die Gedenkfeier anlässlich der 20-jährigen Wiederkehr der Befreiung der Häftlinge des KZ Mauthausen hervorgehoben. Die Gedächtnisfahrt nach Lidice in die CSSR, die allen Opfern des Faschismus gewidmet war, und die Weihnachtsfeier, die wir gemeinsam mit der Volkshilfe veranstalteten, wurden besonders gewürdigt. Der wirkliche Veranstalter war ein Genosse aus den Reihen unserer Freiheitskämpfer, der aber nicht genannt werden will. Es war ein schöner, unvergeßlicher Abend, an den unsere älteren Genossen gerne denken werden.

Nach dem Bericht des Obmannes ergriff Genosse Ernst Nemschitz als Kassier das Wort und berichtete über die Einnahmen und Ausgaben der Bezirksgruppe. Genosse Rupert König berichtete für die Kontrolle und betonte, daß die Bücher, die Belege und die Kassa in bester Ordnung befunden wurden; er stellte den Antrag, dem scheidenden Ausschuß die Entlastung zu erteilen. Dieser Antrag wurde von der Jahresversammlung einstimmig angenommen.

Anschließend brachte Genosse Franz Slepitzka als Obmann des Wahlkomitees die Vorschläge für den neuen Ausschuß. Es wurden nachstehende Genossinnen und Genossen einstimmig gewählt:

1. Obmann: Genosse Johann Haas.
2. Obmann: Genosse Robert Hirschfeld.
1. Kassier: Genosse Ernst Nemschitz.
2. Kassier: Genossin Anna Zachata.
1. Schriftführer: Genosse Franz Belohlawek.
2. Schriftführer: Genosse Rudolf Cervenka.
- Beisitzer: Genosse Karl Durstmüller.
- Opferfürsorgereferent: Genosse Johann Haas.
- Delegierter zum Bezirksausschuß: Genosse Johann Haas.
- Kontrolle: Die Genossen Robert König und Friedrich Pfündl.

Genosse Johann Haas dankte für das Vertrauen, das ihm durch die Wiederwahl entgegengebracht wurde, und versicherte, daß er sich bemühen werde, so wie bisher seine ganze Kraft für die Interessen unserer Mitglieder einzusetzen. Er schloß mit der Bitte, ihn bei seiner Arbeit recht tatkräftig zu unterstützen.

Dann bat Genosse Haas den Referenten Genossen Manfred Ackermann um sein Referat über die politische Lage: Vor etwa 40 Jahren stand die sozialistische Arbeiterjugend auf und kämpfte für den internationalen Sozialismus. Die Sehnsucht nach dessen Verwirklichung war stark und groß. Auf dem Parteitag 1965 haben unsere Genossen um die richtige Taktik in einer politischen Situation gerungen, welche große Sorgen um die Entwicklung des demokratischen Sozialismus entstehen läßt; dabei habe jede Kritik zu schweigen, weil heuer zum ersten Male ein höchst politischer Wahlkampf im Gange ist, der historische Bedeutung gewinnt. Der Referent erläuterte die Existenzberechtigung der Regierungsform, den Sinn und Zweck der Koalition, die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit, die Wandlung der großen zur „kleinen“ Koalition und den Zusammenschluß der bürgerlichen Elemente gegen die Arbeitnehmer. Im Schnittpunkt der Kräfte suchen die politischen Gegner nach der Gewalt und scheuen auch den Abgrund nicht, der die ganze Menschheit bedroht. An die Ausführungen des Redners schloß sich eine lebhaft Diskussion an.

Genosse Haas dankte dem Referenten für seine vortrefflichen Ausführungen. Da keine Wortmeldung mehr erfolgte, wurde die Jahresversammlung mit dem Dank an die erschienenen Genossinnen und Genossen sowie einem kräftigen „Freundschaft!“ geschlossen.

*

Karl Dötzlhofer †. Wieder hat der Tod eine Lücke in unsere Reihen gerissen. Am 21. Dezember 1965 starb im Alter von 70 Jahren Genosse Dötzlhofer. Ein aufrechter Sozialist und Kämpfer ist damit von uns gegangen. In jungen Jahren schon fand er den Weg zur Sozialdemokratie. Der erste Weltkrieg

machte einen fanatischen Streiter für die Sache der Arbeiterklasse aus ihm. Nachher, im Jahre 1922, wurde Genosse Dötzlhofer Betriebsrat einer Großbank. Und trotz der aufopfernden Tätigkeit auf dem gewerkschaftlichen Sektor leistete er auch wertvolle Kleinarbeit in den Parteisektionen Döblings; er war bei den Kinderfreunden, beim Schutzbund und noch anderen Organisationen. Von 1934 bis 1938 vertrieb er die illegale Brünner „Arbeiter-Zeitung“.

Als dann die Jahre der Unfreiheit endlich zu Ende waren, da ließ es sich, der in ständiger Kampf krank gewordene Genosse nicht nehmen, wieder mit dabei zu sein. Er wurde Sprengleiter, dann Sektionsleiter in Grinzing, einem der schwierigsten Weinbauergebiete unseres Bezirks. Unser Freund Dötzlhofer war auch viele Jahre lang Obmann-Stellvertreter unserer Bezirksgruppe, bis ihn seine Krankheit zwang, diese Funktion zurückzulegen. Am 7. Dezember 1965 noch erhielt er die höchste Ehrung, die die Partei zu vergeben hat, die Victor-Adler-Plakette, aber am 21. Dezember 1965 schloß unser Kampfgefährte Karl Dötzlhofer für immer die Augen.



Am Grabe nahm Genosse Robert Weisz in bewegten Worten Abschied von unserem Genossen Döblings. Die Freiheitskämpfer Döblings und mit ihnen alle aufrecht Gesinnten werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren und ihn niemals vergessen.

*

Käthe Klose †. In besonderer Anerkennung gedenken wir Freiheitskämpfer Döblings unserer Genossin Käthe Klose, die am Sonntag, dem 20. Februar 1966, im Alter von 84 Jahren gestorben ist. Sie war die Mutter unseres am 12. Februar 1934 im Kampf um den Karl-Marx-Hof gefallenen Genossen Viktor Klose. Unsere Käthe hat mit schwerem Herzen und ohne Klage den Verlust ihres geliebten Sohnes durch 32 Jahre ertragen müssen. Sie war bis zu ihrer Erkrankung Kolporteurin der Zeitung „Die Frau“ und hat trotz ihres Alters das Mitgliedsbeiträge der in ihrem Sektionsbereich wohnhaften Freiheitskämpfer kassiert.

Am 25. Februar 1966 wurde Genossin Klose beerdigt. Die Freiheitskämpfer Döblings, Delegationen der Döblinger Arbeiter-Turner und der Naturfreunde waren auf dem Friedhof erschienen. Am Grabe nahm Genosse Karl Mark in bewegten Worten Abschied von Käthe Klose und hob ihren Mut und ihre Treue zur sozialistischen Idee hervor. Er dankte dieser tapferen Genossin und schloß mit unserem „Freundschafts“-Gruß. Wir Freiheitskämpfer werden Käthe Klose niemals vergessen.

Floridsdorf

Margarete Ivoneti †. Die Bezirksgruppe Floridsdorf verlor diese treue und verlässliche Genossin im 57. Lebensjahr. Wir erfuhren von ihrem Tode erst im Jänner, und unsere Genossen bedauern sehr, daß man ihr auf den letzten Weg kein Geleit geben konnte.

Die Bezirksgruppe wird Genossin Ivoneti ein ehrendes Angedenken bewahren. „Niemand Vergessen!“

*

Unsere Februarfeiern. Am Samstag, dem 12. Februar 1966, veranstaltete unsere Bezirksgruppe Floridsdorf gemeinsam mit der Parteiorganisation und der Jugendorganisation des Bezirkes eine Gedenkfeier für die Opfer des 12. Februar 1934. Die Veranstaltung fand um 10 Uhr beim Denkmal des im Jahre 1934 von den Austrofaschisten hingerichteten Feuerwehrkommandanten von Floridsdorf, Genossen Georg Weissel, statt.

Die Gedenkfeier wurde mit der Melodie „Unsterbliche Opfer“ eingeleitet, während von den Delegationen am Sockel des Denkmals Kränze niedergelegt wurden, und die Fahnen sich zur Ehrung der Opfer vom Februar 1934 senkten.

Genosse Karl Blei begrüßte als Obmann der Freiheitskämpfer von Floridsdorf die zahlreich erschienenen Genossinnen und Genossen; besonders die Witwe des Genossen Georg Weissel, Genossin Marie Weissel, die zu dieser Feier eingeladen wurde, die Mitglieder des SPÖ-Bezirksvorstandes unter Führung des Obmannes Genossen Ing. Fritz Hofmann, die Delegation der Feuerwache Floridsdorf, die Jugendorganisation von Floridsdorf mit Genossen Kurt Cerny und eine Gruppe der Arbeiter-Samariter des Bezirkes.

In seiner Ansprache wies Genosse Blei darauf hin, daß es 32 Jahre genau auf den Tag seien, als die Arbeiter gegen den grünen Faschismus zum Kampf antraten, um die politischen und gewerkschaftlichen Errungenschaften mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. So wie alle Jahre wollen wir heute dieser Opfer und Kämpfer für Freiheit und Demokratie gedenken. Sie müssen für immer eingeschreint bleiben in unseren Herzen, denn sie nahmen die größten Opfer, Tod und Kerker, auf sich.

Wir sind es den Kämpfern schuldig, daß wir ihre Opferbereitschaft immer wieder würdigen und ihnen geloben, sie niemals zu vergessen. Die Kränze wurden als Symbol des Gedenkens niedergelegt.

Wir stehen hier vor dem Denkmal eines Helden, der uns allen immer ein leuchtendes Beispiel für Treue und Pflichterfüllung sein muß. Viele Genossen sind seit damals an den Folgen der Kerkerhaft frühzeitig verstorben, und wir betrauern sie zutiefst, da sie alle aufrechte Kämpfer für die gerechte Sache waren. Unsere Aufgabe ist es, wachsam zu bleiben, damit sich ein Jahr 1934 nicht mehr wiederholen kann. Die Zeugen dieses heroischen Kampfes werden ja immer weniger.

Man hat uns damals alles schwer Erkampte genommen und uns in die finstere Nacht zurückgeworfen. Und es hat 11 Jahre gedauert, bis wir wieder aus der dunklen Nacht zum Licht des Tages emporsteigen konnten. Wir dürfen diese schwere Zeit nicht vergessen und müssen der Jugend sagen, was damals geschah, damit sie daraus lernt, Errungenschaften der Väter zu erhalten und zu verteidigen. Unser Motto: „Niemand vergessen!“

Anschließend sprach Genosse Heinz Nittel über den Kampf des Schutzbundes im Februar 1934 und von den Opfern, welche von diesen Genossen gebracht wurden, um die Demokratie und die Republik zu verteidigen. Der Jugend muß es ein Ansporn sein, diesen Genossen nachzueifern, damit der Kampf nicht umsonst gewesen ist. Heute ist es bereits wieder so weit, daß ein Professor — und nicht nur einer! — die Gehirne der Jugend mit faschistischen Ideen vernebeln kann, und der Unterrichtsminister schaut zu. Aber es darf niemals mehr dazu kommen, einen Zustand herbeizuführen, in dem die Jugend dieses Landes gegeneinander kämpft. Genosse Nittel appellierte an die Jugend, sich doch nicht dazu herzugeben. Er sagte zum Schluß, daß wir unseren Gegnern auf welcher Seite immer sie stehen mögen, am 6. März 1966 eine deutliche, klare Antwort mit dem Stimmzettel geben wollen.

Genosse Blei dankte dann den erschienenen Delegationen sowie den zahlreich anwesenden Genossinnen und Genossen für ihre Teilnahme an dieser würdigen Feier und schloß die Kundgebung mit dem „Lied der Arbeit“ und unserem Gruß „Freundschaft!“

Am gleichen Tag fand um 9 Uhr bei der Gedenktafel des Straßenbahnhofes Floridsdorf eine kleine Gedenkfeier statt

für die Opfer der Straßenbahner, wo die Jugendorganisation von Floridsdorf als Symbol des Gedenkens an die Opfer vom Februar 1934 einen Kranz niederlegte. Genosse Blei sprach als Obmann der Freiheitskämpfer von Floridsdorf Worte des Gedenkens und betonte, daß hier auf dem Bahnhof ein zweifelter Abwehrkampf gegen die Exekutive geführt wurde, der auch einige Todesopfer und mehrere Verletzte forderte. Hier wollen wir besonders zweier Namen gedenken; des Genossen Georg Weissel und des Genossen Johann Giller. Sie taten damals alles, um die Republik zu verteidigen und ihre Errungenschaften zu erhalten. Genosse Weissel wurde als erstes Opfer des grünen Faschismus an den Galgen gebracht und gehängt. Genosse Giller wurde zum Tode verurteilt, nachher zu lebenslänglicher Haft begnadigt und später nach einer Amnestie nach Hause entlassen.

Hier bei dieser Gedenktafel gedenken wir aller Opfer, die mit der Waffe in der Hand auf den Barrikaden standen, und ehren sie dadurch, daß wir sie „niemand vergessen. Genosse Blei dankte dann nochmals allen Teilnehmern für ihr Erscheinen bei dieser würdigen Feier und schloß mit unserem Gruß „Freundschaft“.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Klosterneuburg. Felix Eichberg †. Am 10. Februar verstarb das älteste Mitglied des Landesverbandes Niederösterreichs, Genosse Felix Eichberg. Genosse Eichberg gehörte bereits seit frühester Jugend der sozialistischen Bewegung an. In der Zeit von 1934 bis 1945 war er oftmals politischen Verfolgungen ausgesetzt. 1945 schloß er sich wieder der Sozialistischen Partei an und wurde auch Mitglied des Verbandes der Sozialistischen Freiheitskämpfer.

Wir werden Genossen Eichberg ein ehrendes Angedenken bewahren.

*

Wiener Neustadt. Simon Nowotschka †. Wir beklagen den Tod unseres Genossen Simon Nowotschka, der nicht nur ein treuer Sozialist und ein aufrechter Kämpfer für die gerechte Sache der arbeitenden Menschen war, sondern auch in unserem Bund seit vielen Jahren mitgearbeitet hat. „Niemand Vergessen!“

*

Wilhelmsburg. Ludwig Steiringer †. Unser langjähriges Mitglied Genosse Ludwig Steiringer ist nach einem schweren Leiden von uns gegangen. Wir alle, die diesen treuen Genossen gekannt haben, werden ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren.



**FAMILIENSICHERUNG
DURCH
FAMILIENVERSICHERUNG
BEI DER WIENER STÄDTISCHEN**

- K u f s t e i n , Hötzendorfer Straße 4